

Illusionen eines Botschafters

Der deutsche Diplomat Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau in Moskau

Otto Wenzel

Der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau (1922 bis 1928)¹ war als Verfechter der Rapallo-Politik² davon überzeugt, daß das Deutsche Reich auf eine enge politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen sei, weil es von den Westmächten nichts Positives zu erwarten habe. Die „Weltmission des deutschen Volkes“, an die er glaubte, weise den Weg nach Osten, unabhängig davon, ob die heutige Regierung Rußlands Deutschland „sympathisch ist oder nicht“.³ Dabei ging er von einer Fehleinschätzung des bolschewistischen Systems aus. Er wollte nicht einsehen, daß seit dem bolschewistischen Staatsstreich vom 7. November 1917 die ganze Macht in den Händen der Kommunistischen Partei⁴ lag, der sich auch die Regierung unterordnen mußte. Das läßt sich aus seinem Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt (AA), häufig mit dem Außenminister oder dem Staatssekretär, ablesen.

Grundlegender Irrtum: Die Sowjetregierung untersteht nicht der Kommunistischen Partei

Häufig beschwerte sich Brockdorff-Rantzau bei Außenkommissar Tschitscherin über die „Hetze“, sprich die revolutionäre Propaganda des Komintern-Vorsitzenden Sinowjew. Dabei hätte ihn die Lektüre der *Prawda* darüber belehren müssen, daß seit Lenins Ausscheiden aus der Politik Sinowjew als Mitglied des Politbüros der KPR auf dem XII. Parteitag (1923) und auf dem XIII. Parteitag (1924) das Politische Referat hielt, was ihn als formale „Nr. 1“ der Partei auswies, auch wenn Stalin als Generalsekretär (seit 1922) den Parteiapparat beherrschte, was damals nicht gleich erkannt wurde. Das Politbüro war die Machtzentrale, der alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, selbstverständlich auch die Sowjetregierung, unterstellt waren. Tschitscherin schrieb 1922 an Lenin: „Längst ist es Praxis, und selbst eine Plenartagung des Zentralkomitees hat festgestellt: Sowjetstaat und Komintern⁵ sind streng auseinanderzuhalten. Kommunistische Agitation ist Sache der Komintern. Der Sowjetstaat dagegen verteidigt die politischen und wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Massen

1 Helbig, Herbert: Die Träger der Rapallo-Politik. Göttingen 1958; Scheidemann, Christiane: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie. Frankfurt am Main 1998.

2 Im Vertrag von Rapallo (16. April 1922) vereinbarten das Deutsche Reich und die Russische Föderative Sowjetrepublik die Normalisierung ihrer Beziehungen und das Prinzip der Meistbegünstigung im Warenaustausch, die Streichung von Schulden und den Verzicht auf Reparationen sowie auf Entschädigung für nationalisiertes deutsches Eigentum, falls Sowjetrußland „auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt“ (Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955. Unter Mitarbeit von Heinz Brahm u.a.. Hrsg. von Dietrich Geyer. Köln/Wien 1972, S. 163).

3 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie A: 1918–1925, Band VII, 1. Januar bis 31. Mai 1923. Göttingen 1989, S. 551.

4 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki), ab 1918 Kommunistische Partei Rußlands, ab 1925 Kommunistische Partei der Sowjetunion. Bis 1952 wurde dem Namen der Partei in Klammern der Zusatz Bolschewiki (B) hinzugefügt. Darauf soll in diesem Aufsatz verzichtet werden.

5 Kommunistische Internationale (III. Internationale, Komintern, KI).

Rußlands.“⁶ Das widerspricht jedoch nicht dem oben Gesagten, sondern macht deutlich, daß Komintern und Regierung zwei Instrumente der Außenpolitik waren, deren sich das Politbüro je nach den Erfordernissen der Lage bediente. Der Rat der Volkskommissare war übrigens nach dem Ausscheiden Lenins, der dessen Sitzungen geleitet hatte, nur noch ein ausführendes Organ.⁷

Es wäre Brockdorff-Rantzaus Aufgabe gewesen, die Zusammensetzung des Politbüros⁸ und des Zentralkomitees (ZK) der KPR zu analysieren. Dann hätte er gewußt, daß Tschitscherin erst 1925 in das ZK aufgenommen wurde⁹, und die Kräfteverhältnisse im bolschewistischen Rußland einschätzen können. Dieser Unkenntnis ist es geschuldet, daß der Botschafter am 27. Januar 1924 dem AA telegraphierte, er habe erfahren, daß Tschitscherin ernsthaft als Nachfolger Lenins (als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare) im Gespräch sei. Das Außenkommissariat würde er dann weiterführen. Ein anderer Kandidat sei Rykow, der aber geringere Chancen habe.¹⁰ Vermutlich war Brockdorff-Rantzau nicht bekannt, daß Rykow Mitglied des Politbüros war. Am 6. Februar 1924 berichtete dann Wolffs Telegraphisches Bureau (W.T.B.), daß Brockdorff-Rantzau auf eine Rundfrage der *Iswestija* zur Ernennung Rykows zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare geantwortet habe: „Rykow ist ein würdiger Nachfolger des großen Menschen, der den Völkern der Sowjetunion neue Wege gewiesen hat.“¹¹ Das Glanzstück der Verkenning der Kräfteverhältnisse im Sowjetstaat lieferte der Botschafter am 28. Mai 1924, als er schrieb, er habe „bereits vor einem Jahr Herrn Tschitscherin auf die verhängnisvolle Tätigkeit Sinowjews mit der Bemerkung hingewiesen, als Leiter der auswärtigen Politik würde ich mir an seiner Stelle die Treibereien [Sinowjews; O.W.] nicht gefallen lassen.“¹² Am 30. Mai 1924 hatte er jedoch einen Lichtblick, als er telegraphierte, er habe vertraulich erfahren, die sowjetische Antwortnote auf die deutsche Note vom 20. Mai 1924 sei nicht im Außenkommissariat, sondern im Politbüro abgefaßt worden.¹³

Zynisch war Brockdorff-Rantzaus Reaktion, als er im Januar 1928 von Tschitscherin von der „Verschickung der Oppositionsführer“ erfuhr. Der Außenkommissar bezeichnete diese als eine große Gefahr für den Bestand einer einheitlichen Regierung. Die jetzige Regierung sei im Hinblick auf die Beziehungen zu Deutschland günstiger als eine Regierung Trotzki. Der Botschafter pflichtete ihm bei und erinnerte daran, daß ihm Trotzki im November 1923 gesagt habe, er habe mit einer „unmittelbar bevorstehenden Revolution in Deutschland gerechnet“. In dem an Staatssekretär von Schubert gerichteten Telegramm heißt es weiter: „Durch den mit skrupellosen Mitteln geführten Parteienkampf werden Herr Trotzki und Sinowjew (Apfelbaum)¹⁴ voraussichtlich beseitigt. Das bedeutet für uns einen großen Gewinn, und es wäre eine Kurzsichtigkeit, aus Gründen der Humanität mitleidig Partei für diese Männer zu nehmen. Menschlich

6 Besymenski, Lew: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin 2002, S. 45.

7 Schapiro, Leonhard: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt am Main 1961, S. 212.

8 Ebd., S. 631.

9 Wolkogonow, Dimitri: Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf u.a. 1994, S. 603 f.

10 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes. Akten betreffend Rußland (PA AA). R 28280K, S. 472.

11 PA AA. R 28281K, S. 16.

12 PA AA. R 28282K, S. 26.

13 Ebd., S. 45.

14 Es war eine Gepflogenheit der Antisemiten, hinter den Parteinamen den jüdischen Geburtsnamen zu setzen. Stalins Ankläger in den Moskauer Schauprozessen 1936–1938, Wyschinski, machte sich diese Praxis zu eigen, als er die Angeklagten mit ihrem jüdischen Namen ansprach.

mag ihr Schicksal zu beklagen sein. Sicher liegt in dem Geschick Trotzki's eine nicht zu leugnende Tragik; diese zu unterstreichen und ihn, den fähigsten Führer des Umsturzes nach Lenin, dem Publikum sozusagen menschlich näher zu bringen, würde einen folgenschweren Fehler bedeuten und nicht anderes heißen, als unsere gefährlichsten sozialen Feinde gegen uns selbst zu stärken.“ In diesem Sinne solle auf die deutsche Presse eingewirkt werden. Staatssekretär von Schubert antwortete am 18. Januar 1928, Brockdorff-Rantzaus Ansicht werde im AA geteilt.¹⁵

Wie sehr sich der Botschafter überschätzte, beweist sein am 14. August 1923 an den damaligen Staatssekretär von Maltzan adressierter Bericht über ein Gespräch mit dem Außenkommissar: „Ich hoffe, daß meine sehr ernste Aussprache mit Tschitscherin dazu beigetragen hat, die chauvinistischen Elemente der Parteileitung im Zaum zu halten.“¹⁶ Am 4. Juni 1924 zeigte er allerdings ein besseres Verständnis der Lage, als er telegraphierte, Stalin, Sinowjew und Kamenew besäßen den „Haupteinfluß“, und hinzufügte, keine dieser leitenden Persönlichkeiten arbeite auf einen Bruch mit Deutschland hin.¹⁷ Am 12. Juni registrierte er, daß Trotzki und Pjatakow trotz ihrer Zugehörigkeit zur Opposition in das ZK wiedergewählt worden seien.¹⁸ Zwei Tage später bewies er wieder, daß er das bolschewistische Herrschaftssystem offenbar nicht durchschaute. Er berichtete, wie immer im Telegrammstil, Sinowjew habe im Politischen Bericht an den (XIII.) Parteitag die Bereitschaft gefordert, die „Offensive zu ergreifen, wenn Bedingungen zum Angriff im Revolutionskampf gegeben. Bei Wiederholung deutscher Situation [wie 1923 in Deutschland; O.W.] offensives Vorgehen“. Nach Meinung Brockdorff-Rantzaus war dies die persönliche Anschauung Sinowjews, die bei anderen Genossen auf Widerspruch stöße.¹⁹

Wie Brockdorff-Rantzaus von bolschewistischen Führern belogen wurde, illustriert folgender Vorfall: Am 14. Dezember 1923 hatte er, begleitet von vier leitenden Mitarbeitern, ein Gespräch mit Tschitscherin, dem gesamten Kollegium des Außenkommissariats, dem Berliner Botschafter Krestinski und dem soeben aus Deutschland zurückgekehrten ZK- und Komintern-Funktionär Radek. Der deutsche Botschafter äußerte, es bedeute eine schwere Gefahr für die deutsch-russischen Beziehungen, wenn in Deutschlands schwerster Zeit russische Emissäre die Revolution in Deutschland vorbereiteten. Im übrigen seien die deutschen Kommunisten zum Regieren nicht fähig. Radek antwortete, den Beweis, ob die KPD regierungsfähig sei, habe sie noch zu erbringen. Fest stehe, fuhr Radek fort, daß alle bürgerlichen Regierungen bisher nicht imstande gewesen seien, das deutsche Volk zu führen. Außerdem sei für eine amtliche Unterstützung der deutschen Revolution nicht der geringste Beweis erbracht. Die Komintern, behauptete Radek, werde sich von der Sowjetregierung keine Vorschriften machen lassen. Zudem könne ihm eine illegale Einreise nach Deutschland nicht bewiesen werden. Brockdorff-Rantzaus schrieb in seinem Begleitschreiben an Staatssekretär von Maltzan, Tschitscherin sei während der Sitzung sehr nervös gewesen: „Um so geschickter war die Form, in der er schließlich meine Forderung, einen Trennungsstrich zwischen der Politik der Sowjetregierung und dem (sic!) Komintern zu ziehen [...],

15 PA AA. R 28297K, S. 10 ff.

16 PA AA. R 28280K, S. 101.

17 PA AA. R 28282K, S. 85.

18 Ebd., S. 124

19 Ebd., S. 137.

erfüllt hat.“²⁰ Die seit 1989/91 der Forschung zugänglichen russischen und deutschen Parteiakten belegen, daß Tschitscherin im Sommer 1923 Mitglied der vom Politbüro eingesetzten Kommission war, die den Aktionsplan für die „Deutsche Oktoberrevolution“ ausarbeiten sollte. Krestinski gehörte mit Radek, dem ZK-Mitglied Pjatakow und Arbeitskommissar Schmidt der Delegation des russischen Politbüros in Deutschland („Vierergruppe“) an, die den Aufstand anleiten sollte.²¹

Gelegentlich haben russische Diplomaten ihre deutschen Gesprächspartner nicht nur belogen, sondern sich auch offenbar über sie lustig gemacht. Am 7. Dezember 1923 berichtete Brockdorff-Rantzau dem AA, Tschitscherin habe ihn gebeten, „der deutschen Regierung Ausdruck zu geben, daß Sowjetregierung von verhetzender skrupelloser Betätigung Exekutivkomitee dritter Internationale Abstand nimmt“. Der Botschafter war sich sicher, „daß entsprechender Druck auf russische Vertreter in Berlin [also Botschafter Krestinski durch das AA; O.W.] Position Tschitscherins bei Auseinandersetzung mit Exekutivkomitee wesentlich stärken würde“. Der russische Botschafter blies in Berlin in das gleiche Horn: Staatssekretär von Maltzan berichtete Brockdorff-Rantzau am 11. Dezember, Krestinski solle ihm gesagt haben: „Exekutivkomitee leider manchmal ungehorsam.“²²

Später mußte Brockdorff-Rantzau erfahren haben, daß Krestinski früher ein hoher Funktionär der KPR gewesen war.²³ Am 15. Januar 1925 schrieb er dem Reichsaußenminister, er habe sich bei Tschitscherin darüber beschwert, „der Botschafter der Sowjetunion in Berlin scheine als ehemaliger Parteisekretär der russischen kommunistischen Partei seine Hauptaufgabe darin zu erblicken, die Geschäfte der Komintern und der Partei, in direktem Gegensatz zu der vom Außenkommissariat verfolgten Politik, in Deutschland zu besorgen“.²⁴ Auch hier wieder die Illusion, daß das Außenkommissariat eine andere Politik verfolgen könne als die Parteiführung. Eine verlogene Andeutung Litwinows, daß eine Einmischung Stalins und Sinowjews in innerdeutsche Verhältnisse in Zukunft nicht mehr zu erwarten sei, nahm er für bare Münze und führte sie auf den Schriftwechsel von Reichsaußenminister Stresemann mit Krestinski und seine eigenen Interventionen bei Tschitscherin zurück, die scharfe Auseinandersetzungen zwischen dem Außenkommissariat und der Komintern sowie der kommunistischen Parteileitung zur Folge gehabt hätten.²⁵

Manche Äußerungen bolschewistischer Politiker und Diplomaten waren halbe Lügen. Botschafter Krestinski schrieb am 18. Dezember 1924 an Stresemann: „Was die Hinweise auf die Parteiorganisationen der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Rußlands [...] betrifft, so hat meine Regierung wiederholt erschöpfend Aufklärung gegeben, daß sie in keinem Fall für die Tätigkeit dieser Organisationen verantwortlich ist und eine Überwachung derselben für unmöglich erach-

20 Wenzel, Otto: 1923 – Die gescheiterte „Deutsche Oktoberrevolution“. Münster 2003, S. 202 f.; ADAP, Serie A: 1918–1925, Band IX, 16. November 1923 bis 6. April 1924. Göttingen 1991, S. 137 f. u. 141.

21 Wenzel: 1923, S. 182 u. 186 f.; Bayerlein, Bernhard H. u.a. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Berlin 2003, S. 73 ff.

22 PA AA. R 28280K, S. 285 u. 294.

23 Er war von 1919 bis 1921 Mitglied des Politbüros, dem damals fünf Mitglieder angehörten, und des dreiköpfigen Sekretariats des ZK (Schapiro: Geschichte, S. 631, 220 u. 230).

24 PA AA. R 28284K, S. 269.

25 Ebd.

tet.²⁶ Der Außenminister bewies in seinem Antwortschreiben vom 31. Dezember, daß er die Machtstrukturen des bolschewistischen Regimes besser durchschaute als sein Moskauer Botschafter: „Angesichts des ganzen Aufbaues und der Organisation des Sowjetstaates und namentlich angesichts der für die Entscheidungen der Regierung maßgeblichen Rolle, die im Sowjetstaat die genannten beiden Persönlichkeiten [Sinowjew und Stalin; O.W.] spielen, kann die Deutsche Regierung für die scharfe Unterscheidung, die von Ihnen zwischen Regierung und derartigen Organisationen gemacht wird, ebensowenig Verständnis aufbringen wie für die Erklärung, daß es der Regierung der UdSSR unmöglich sei, diese Organisationen zu überwachen.“²⁷

Revolutionsexport als Staatsziel: Brockdorff-Rantzau und der „Deutsche Oktober“

Manchmal gaben bolschewistische Führer im persönlichen Gespräch mit Brockdorff-Rantzau ihre revolutionären Ziele offen zu: In einer Aufzeichnung vom 15. Dezember 1923 über ein Gespräch mit Trotzki hielt dieser fest, der Kriegskommissar habe sich auf eine Erklärung von Reichskanzler Stresemann²⁸ und Reichsfinanzminister Hilferding berufen, wonach das Kabinett der Großen Koalition das letzte auf parlamentarischer Basis sei. Daraus schlußfolgerte Trotzki, „daß man dann hier [in Rußland; O.W.] mit einem Umsturz in Deutschland rechnen und entsprechende Vorkehrungen treffen“ müsse.²⁹ Am 19. Oktober 1923 schrieb Brockdorff-Rantzau an Staatssekretär von Maltzan, die Russen befänden sich in einer Zwickmühle, „sie wünschen den Frieden, halten die Lage in Deutschland aber offenbar für so kritisch, daß sie auf alle Fälle, sogar auf eine militärische Unterstützung der kommunistischen Bewegung in Deutschland vorbereitet sein wollen“.³⁰ Tschitscherin drückte das dem Botschafter gegenüber so aus: Rußland fühle sich „moralisch“ und aus Prestigegründen den „deutschen Brüdern“ gegenüber verpflichtet, sein Land wolle „gerüstet sein für den Fall, daß Deutschland sich mit Frankreich verständigt und sich zu einer gemeinsamen Aktion mit der Entente gegen die Sowjetregierung bereithalten sollte“.³¹ Der Gedanke einer deutsch-französischen Verständigung war nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen und dem sich anschließenden „Ruhrkampf“ abwegig. Diese fadenscheinige Begründung stellte den Versuch des sowjetischen Außenkommissars dar, die geplante „Deutsche Oktoberrevolution“ mit der angeblichen Gefahr eines von Deutschland unterstützten Angriffs Frankreichs und Englands auf Sowjetrußland zu begründen.

Es finden sich Äußerungen, in denen Brockdorff-Rantzau die weltrevolutionären Ziele der bolschewistischen Führer klar erkannte. So schrieb er am 23. Dezember 1922 an Reichsaußenminister von Rosenberg, man müsse damit rechnen, daß die Führer des Kommunismus „ihr letztes Ziel, die Weltrevolution, nicht aus dem Auge lassen, [...] daß sie aber, falls eine Katastrophe bei uns eintritt, unter dem Druck der Verhältnisse sich dieser Einmischung nicht werden entziehen können“.³² Am 22. Februar 1923 te-

26 Ebd., S. 204.

27 Ebd., S. 234.

28 Stresemann war vom 13. August 1923 bis zum 23. November 1923 Reichskanzler und kommissarisch Reichsaußenminister, danach bis zu seinem Tode am 3. Oktober 1929 Außenminister.

29 ADAP, Band IX, 16. November 1923 bis 6. April 1924. Göttingen 1991, S. 146 f.

30 Diese Absicht hatten sie tatsächlich. Vgl. Wenzel: 1923, S. 179 ff. u. 185 f.

31 ADAP, Serie A: 1918–1925. Band VIII., 1. Juni bis 15. November 1923. Göttingen 1990, S. 511 ff.

32 PA AA. R 28279K, S. 21 u. 24.

legrafierte er, Trotzki soll in einer Sitzung des Rats der Volkskommissare erklärt haben, daß die ersehnte Revolution nur stattfinden könne, wenn russische Truppen auf deutschem Boden stünden.³³ Bei den Spekulationen über die Nachfolge Lenins waren die dem Botschafter zugegangenen Informationen manchmal sehr treffsicher. So telegrafierte er am 6. Januar 1923 in einem Bericht über den Gesundheitszustand Lenins, angeblich bereite sich Stalin auf die Nachfolge vor.³⁴ Am 1. April 1923 berichtete er, in Regierungs- und Parteikreisen herrsche Übereinstimmung darüber, daß der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare aus Rücksicht auf die Mentalität weiter Volkskreise nicht Jude sein dürfe. Daher sei eine Kandidatur Trotzkis nicht möglich.³⁵

Daß das russische Politbüro im Herbst 1923 eine „Deutsche Oktoberrevolution“ plante,³⁶ war keiner deutschen staatlichen Stelle bekannt, auch nicht dem Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und dem Botschafter in Moskau. Einzelne Steine des Puzzles hielt dieser in der Hand, konnte sie aber nicht zu einem Gesamtbild zusammensetzen. So wertete er zwei Reden aus, die Trotzki am 20. und 21. Oktober gehalten hatte. Der Kriegskommissar habe gesagt, auf Seiten der Revolution stünden zahlreiche rote Hundertschaften. Die bolschewistische Führung wisse, daß die Arbeiterschaft über genügend Kräfte verfüge, um den Feind niederzuwerfen. Rußland sei bereit, sich mit Polen zu verständigen, wenn dieses verspreche, sich nicht mit Waffen in den europäischen Bürgerkrieg einzumischen und nicht dauernd eine Barriere zwischen Rußland und Deutschland zu bilden. Werde Rußland der Krieg aufgezwungen, sei der Sieg gewiß.³⁷ Brockdorff-Rantzau erfuhr, daß der Direktor des Außenkommissariats für die Randstaaten, Kopp, Sondierungsgespräche mit den Regierungen Lettlands und Litauens geführt habe. Der deutsche Gesandte in der litauischen Hauptstadt Kowno berichtete dem AA am 30. Oktober, Kopp habe den Außenminister gefragt, wie sich Litauen verhalten würde, wenn in Deutschland eine kommunistische Regierung ans Ruder komme und Rußland dann Polen angreife, um eine gemeinsame Grenze mit dem kommunistischen Deutschland herzustellen.³⁸ Über ähnliche Gespräche mit dem lettischen Außenminister berichtete Brockdorff-Rantzau am selben Tag. Einen Tag später telegrafierte der deutsche Generalkonsul für das Memelgebiet, Kopp habe in Warschau der polnischen Regierung mitgeteilt, daß Rußland unverzüglich gegen Polen marschieren werde, falls dieses die Ereignisse in Deutschland zu einem Einfall in Ostpreußen ausnützen werde. Am 18. November berichtete Brockdorff-Rantzau über das polnisch-russische Communiqué, wonach Rußland von Polen „Transitfreiheit“ verlange, unabhängig davon, ob in Deutschland eine faschistische oder kommunistische Regierung an die Macht komme.³⁹

Am 20. April 1924 veröffentlichte die *Prawda* einen Brief Sinowjews an den Parteitag der KPD, in dem er von der Unausweichlichkeit der deutschen Revolution und der Möglichkeit baldiger Kämpfe sprach. Brockdorff-Rantzau protestierte dagegen schärfstens in einem Gespräch mit Tschitscherin, kam aber am 3. Mai in einem Bericht an das AA zu der Einschätzung: „Die Zwangslage, in die uns die Erpresserpolitik der Entente getrieben hat, nötigt uns keineswegs, uns mit frechen Übergriffen dritter Interna-

33 Ebd., S. 82.

34 Ebd., S. 5.

35 Ebd., S. 195.

36 Wenzel: 1923, S. 175 ff.

37 PA AA. R 28280K, S. 175.

38 Ebd., S. 180, 182.

39 Ebd., S. 189, 206.

tionale abzufinden, wohl aber die Föhlung mit Rußland allem Widerwärtigen zum Trotz nicht aufzugeben. Wenn die Alliierten nicht mehr zu recht oder unrecht glauben, daß wir in Sowjetrußland einen starken Rückhalt besitzen, sind wir ihnen rettungslos ausgeliefert und in unserer Existenz ernster bedroht als durch die bolschewistische Ansteckungsgefahr, der in Deutschland reichere Nahrung durch die Erpressungen der Entente als durch die russische Propaganda zugeführt wird.“⁴⁰

Mehrmals hat sich Brockdorff-Rantzau dafür eingesetzt, daß Konflikte zwischen dem Deutschen Reich und dem Sowjetstaat einvernehmlich beigelegt wurden. Am 3. Mai 1924, ein halbes Jahr nach der gescheiterten „Deutschen Oktoberrevolution“, verletzten preußische Polizeibeamte die Exterritorialität der russischen Handelsvertretung, um dort einen wegen Hochverrats verfolgten geflüchteten deutschen Kommunisten festzunehmen. Das war der preußischen Regierung sehr peinlich, und sie mißbilligte das Verhalten des verantwortlichen Beamten.⁴¹ Auf russischer Seite wurde dieser Vorgang aufgebauscht, was sich wochenlang hinzog. Es bedurfte eines am 27. Juli von Brockdorff-Rantzau und Tschitscherin paraphierten Protokolls, um diesen Konflikt beizulegen. Der Außenkommissar und leitende Herren seiner Behörde gratulierten daraufhin am Verfassungstag, dem 11. August 1924, dem deutschen Geschäftsträger besonders herzlich.⁴²

Im Mai 1925 verhafteten die sowjetischen Sicherheitsorgane in Moskau zwei deutsche Studenten, Kindermann und Wolscht, die angeblich mit gefälschten Ausweisen der KPD eingereist, in Wirklichkeit aber Mitglieder der rechtsradikalen Organisation „Orgesch“ seien.⁴³ Der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung erfuhr durch einen Vertrauensmann, daß man die Deutschen als Faustpfand brauchte, mit dem die Freilassung des im Leipziger „Tscheka-Prozeß“ zum Tode verurteilten „Gorew-Skoblewski“⁴⁴ erpreßt werden sollte.⁴⁵ So kam es denn auch. Die gegen Kindermann und Wolscht wegen ihres angeblichen Plans, Stalin und Trotzki zu vergiften, verhängte Todesstrafe wurde in eine zehnjährige Haftstrafe umgewandelt,⁴⁶ „Gorew-Skoblewski“ Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe.⁴⁷ Im Jahre 1926 wurde der Russe gegen die beiden Deutschen ausgetauscht.

Trotz seiner Ostorientierung sprach sich Brockdorff-Rantzau ursprünglich gegen die militärische Bindung an Rußland aus, was dazu führte, daß der Chef der Heeresleitung, von Seeckt, erfolglos gegen seine Ernennung zum Botschafter intervenierte. Nach dem Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet (11. September 1923) versöhnten sich beide.⁴⁸ Der Botschafter sah nur ungern, daß die Kontakte zwischen Reichswehr und Roter Armee an ihm vorbeiliefen, konnte sich

40 PA AA. R 2828K, S. 199, 253 ff.

41 Ebd., S. 340 ff.

42 PA AA. R 28282K, S. 292

43 PA AA. R 28284K, S. 312 f.

44 Es handelte sich um den im Jahre 1923 als „Militärischer Leiter bei der Zentrale der KPD“ wirkenden russischen Divisionskommandeur Waldemar Rose. Vgl. Wenzel: 1923, S. 272 f.; Wenzel, Otto: Der Kommandeur, der aus Moskau kam. Waldemar Rose – Militärischer Leiter der „Deutschen Oktoberrevolution“ 1923. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 15/2004, S. 56.

45 PA AA. R 28284K, S. 474.

46 PA AA. R 28287K II, S. 555; Hilger, Gustav: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines Diplomaten. Frankfurt am Main/Berlin 1955, S. 144 u. 146.

47 PA AA. R 28293K, S. 37 f.

48 Zeidler, Manfred: Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit. München 1993, S. 62 u. 64 f.

aber nicht durchsetzen. Er sah ein, daß die Tankschule in Kasan und wissenschaftliche Gasversuche in deutschem Interesse waren, sprach sich jedoch dagegen aus, daß deutsche und russische Offiziere bei beiderseitigen Truppenübungen Uniform trugen.⁴⁹

Brockdorff-Rantzau's Illusionen hinsichtlich einer Trennung von KPR/Komintern und sowjetischer Regierung hinderten ihn nicht, schärfstens gegen politische Äußerungen russischer Parteiführer, die das gute Einvernehmen gefährdeten, zu protestieren. Eine Rede des Außenhandelskommissars Krassin auf dem XIII. Parteitag veranlaßte ihn, in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenkommissar Litwinow die Frage zu stellen, ob seine „persönliche Anwesenheit hier überhaupt noch Zweck“ habe. Krassin hatte das oben erwähnte Eindringen von preußischen Polizisten in das Gebäude der russischen Handelsvertretung in Berlin zum Anlaß genommen, die Drohung auszusprechen: Die Sowjetunion sei wirtschaftlich stärker als Deutschland und würde die Folgen eines Bruchs mit Deutschland ohne großen Schaden überstehen.⁵⁰

Als das Politbüromitglied Bucharin⁵¹ im Januar 1927 auf der Moskauer Gebietskonferenz der KPdSU⁵² sagte, daß Deutschland nach dem Beitritt zum Völkerbund (1926) dem Osten den Rücken kehre und nach Westen steuere, fürchtete das AA eine Erschütterung des beiderseitigen Verhältnisses.⁵³ Im Auftrag des Staatssekretärs von Schubert erhob Brockdorff-Rantzau in schärfster Form Einspruch. Der Botschafter rang sich nun endlich zu der Einschätzung durch, daß die Partei, „wenn es in ernsten Fragen zur Entscheidung kommt, notorisch stärker als die jeweilige Regierung [ist], das Außenkommissariat eingeschlossen“. Trotzdem „verlangte“ er in einem Gespräch mit Litwinow, daß die Sowjetregierung „jetzt gegen Bucharin einschreite“.⁵⁴

Als dem im April 1921 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilten deutschen Revolutionär Max Hoelz⁵⁵ im November 1927 vom Revolutionären Kriegsrat der Rotbannerorden verliehen wurde, legte Brockdorff-Rantzau beim Außenkommissariat Beschwerde ein und nannte diese Verleihung eine Provokation, die geeignet sei, die freundschaftlichen Beziehungen zu untergraben. Tschitscherin versuchte ihn mit der Ausrede zu beruhigen, diese Verleihung sei ohne Wissen des Rats der Volkskommissare erfolgt. Der Botschafter machte den Verbleib auf seinem Posten davon abhängig, daß eine angemessene Beilegung des Zwischenfalls erfolgt.⁵⁶ Das geschah nicht. Dem Staatssekretär von Schubert wurde von Botschafter Krestinski lediglich die haarsträubende Geschichte aufgetischt, Hoelz sei der Orden verliehen worden für die angebliche „Vorbereitung einer Aktion gegen das französische Heer in dem Augenblick, als Frankreich einen Interventionskrieg gegen die Union der SSR⁵⁷ geführt hat und als das weitere Vordringen der französischen Truppen auf dem Kontinent auch eine Be-

49 PA AA. R 28294K, S. 347.

50 PA AA. R 28281K, S. 340; PA AA. R 28283K, S. 13 f. u. 16.

51 Sinowjew war im Juli 1926 aus dem Politbüro ausgeschlossen worden. Bucharin wurde sein Nachfolger als Vorsitzender der Komintern (Schapiro: Geschichte, S. 631).

52 Die Kommunistische Partei Rußlands wurde im Jahre 1925 in Kommunistische Partei der Sowjetunion umbenannt.

53 PA AA. R 28293K, S. 377, 382.

54 Ebd., S. 393, 402.

55 Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004, S. 318 f.

56 PA AA. R 28296K, S. 96, 100 f.

57 Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist erst am 30. Dezember 1922 gegründet worden, man sprach aber auch danach häufig von Rußland oder Sowjetrußland, so auch in diesem Aufsatz.

drohung der Union der SSR darstellte“. Damit sei keine feindselige Demonstration gegen die deutsche Regierung verbunden gewesen.⁵⁸

Vehementes Eintreten für die Ostorientierung der deutschen Außenpolitik

Trotz der massiven Kritik an den revolutionären Zielen der Kommunistischen Partei und der Komintern setzte sich Brockdorff-Rantzau vehement für die Ostorientierung Deutschlands und für freundschaftliche Beziehungen zum Sowjetstaat ein. Darum sah er einen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund mit Argwohn. Am 28. März 1925 schrieb er an Reichsaußenminister Stresemann: „Daß ein ohne Kautelen⁵⁹ vollzogener Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht nur unsere allgemeine politische Bewegungsfreiheit einschränken, sondern zwangsläufig in der Hauptsache zu einem Verzicht auf eine selbständige auswärtige Politik führen würde, und daß er jedem Versuch positiver Zusammenarbeit mit der Sowjetunion von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilen müßte [...] Die Annahme, daß die Verpflichtung aus Artikel 16⁶⁰ kein unüberwindliches Hindernis für einen Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen bedeutet, ist [...] irrtümlich.“⁶¹ Der Außenminister suchte den Botschafter mit dem Hinweis zu beruhigen: „Wenn sich zeigen sollte, daß die aktuellen westlichen Probleme wie die Entwaffnungs-,⁶² Räumungs-⁶³ und Sicherheitsfrage nur in Verbindung mit dem deutschen Eintritt in den Völkerbund zu lösen sind, so hat Deutschland zwei Möglichkeiten. Es kann entweder die Lösung der westlichen Fragen wählen und muß dann auf Rußland verzichten, oder aber es kann den Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen wählen und muß dann auf die Lösung der Westfragen verzichten.“ Stresemann sah die Hauptaufgabe in der Lösung der Westfragen. Sollte die Sowjetunion die Ablehnung des Eintritts zur strikten Voraussetzung der Vertiefung ihrer Beziehungen machen, sähe er darin den Beweis, daß es ihr auf die Isolierung Deutschlands ankomme.⁶⁴

Wie hoch Brockdorff-Rantzau in Moskau angesehen war, belegt unter anderem die Tatsache, daß die Sowjetregierung ihn bat, zur Vorbereitung der Zeremonie aus Anlaß des Ablebens Lenins die Leitung der Verhandlungen mit dem Diplomatischen Corps zu übernehmen. In dessen Namen legte er am 26. Januar 1924 am Sarge des Verstorbenen einen Lorbeerkranz nieder. Die schwarzumrandete Trauerschleife trug eine Inschrift mit den Namen von Vertretern der ausländischen Staaten.⁶⁵ Im Mai 1927 brach Großbritannien die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, weil eine polizeiliche Untersuchung des Büros der sowjetischen Handelsgesellschaft Arcos und der russischen Handelsdelegation den Beweis erbracht habe, daß von dort sowohl militärische Spionage als auch umstürzlerische Tätigkeiten im ganzen britischen Reich geleitet und ausgeführt worden seien. Daraufhin bat der sowjetische Botschafter in Berlin,

58 PA AA. R 28297K, S. 1.

59 Vorbehalte.

60 Artikel 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete die Mitgliedsstaaten, sich an Sanktionen gegen eine aggressive Nation zu beteiligen (Scheidemann: Brockdorff-Rantzau, S. 637).

61 PA AA. R 28285K, S. 98.

62 Vgl. dazu die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Beschränkung der Reichswehr auf 100 000 Berufssoldaten, Verbot einer Luftwaffe, einer U-Boot-Waffe, von Kriegsschiffen über 10 000 Tonnen u.a.

63 Die Räumung der von britischen und französischen Truppen besetzten linksrheinischen Gebiete.

64 PA AA. R 28285K, S. 115, 117.

65 PA AA. R 28280K, S. 452 u. 471.

Krestinski, den stellvertretenden Staatssekretär des AA, Ministerialdirektor Köpke, um die Übernahme des Schutzes der russischen Botschaft in London. Dem russischen Ersuchen wurde entsprochen.⁶⁶ Das russische Vorgehen illustriert, daß Deutschland der einzige Staat war, zu dem die Sowjetunion Vertrauen hatte.

In den letzten Monaten vor dem Antritt seines Heimaturlaubs, von dem Brockdorff-Rantzau nicht mehr zurückkehren sollte,⁶⁷ nahm ihn der Schachty-Prozeß in Anspruch. Anfang März waren im Schachty-Kohlrevier im Donez-Gebiet 53 Ingenieure, Monteure und Arbeiter unter dem Verdacht der Werksspionage, Sabotage und Kooperation mit den ehemaligen Eigentümern dieser Betriebe von der GPU⁶⁸ verhaftet worden. Unter ihnen befanden sich vier Mitarbeiter der AEG und ein Mitarbeiter der Firma Knapp in Wanne-Eickel.⁶⁹ Der Aufsichtsratsvorsitzende der AEG, Geheimrat Deutsch, telegrafierte daraufhin der deutschen Botschaft in Moskau, wenn die AEG, die nur zuverlässiges Personal nach Rußland entsandt habe, „solchen Ungeheuerlichkeiten ausgesetzt wird, wird kein deutscher Industrieller Personal in Zukunft nach dort entsenden, die gesamte industrielle Verbindung geht in die Brüche“.⁷⁰

Außenminister Stresemann kündigte dem Berliner Sowjetbotschafter Krestinski an, die deutsche Regierung könne der deutschen Industrie nicht zumuten, weiterhin Ingenieure und Spezialarbeiter in Rußland tätig werden zu lassen, wenn derartige Verfolgungen möglich seien. Er halte es deshalb für zweckmäßig, die schwebenden Wirtschaftsverhandlungen zu Verbesserung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu unterbrechen. Das ist von der deutschen Regierung beschlossen worden.⁷¹ Brockdorff-Rantzau schrieb am 16. März dem Außenminister: „Den von je dückelhaft frech treibenden Elementen in der Kompartei und dem Komintern ist, nachdem sie im Fall Hoelz so billig davonkamen, der Kamm geschwollen. Sie glauben, sich jetzt ungefähr alles uns gegenüber erlauben zu können. Eine Lektion zur rechten Zeit hätte sie wohl noch zur Besinnung bringen können.“⁷² Damit bewies er, wenige Monate vor seinem Tode, daß er das Wesen des bolschewistischen Systems immer noch nicht erkannt hatte. Denn der Schachty-Prozeß war nicht das Wirken von „dückelhaft frech treibenden Elementen der Kompartei“ (Kommunistischen Partei der Sowjetunion), sondern typisch für den Charakter des stalinistischen Systems, das damit seinen ersten Schauprozeß aufrollte.⁷³

Um so erbitterter reagierten der Außenminister und der Botschafter, als nach der Freilassung der AEG-Mitarbeiter Goldstein⁷⁴ und Wagner, nicht aber der übrigen Verhafteten, der Konzern nicht mehr bereit war, seine Mitarbeiter aus Rußland zurückzuziehen. Die AEG-Leitung begründete das damit, daß der Vorfall erst aufgeklärt werden

66 PA AA. R 282995K, S. 34, 38 u. 41.

67 Brockdorff-Rantzau starb am 8. September 1928 in Berlin.

68 Die Tscheka wurde 1922 in GPU (Politische Hauptverwaltung) umbenannt.

69 PA AA. R 28298K, S. 5.

70 Ebd., S. 9.

71 Ebd., S. 26 u. 28.

72 Ebd., S. 31.

73 Scheidemann: Brockdorff-Rantzau, S. 705.

74 Goldstein hat nach seiner Rückkehr nach Berlin im AA in einem Gespräch mit dem Ministerialdirigenten von Dirksen die Auffassung vertreten, es handle sich bei den Verhaftungen „um den Versuch, das Fiasko der Industrialisierung, die wachsende chaotische Verirrung und das hoffnungslos unproduktive Arbeiten der Sowjetwirtschaft durch das Wort ‚Sabotage‘ abzuwälzen“ (PA AA. R 28298K, S. 65).

könne, wenn der wirkliche Anklagegegenstand aufgeklärt sei. Außerdem fürchtete sie von russischer Seite wegen Kontraktbruchs angeklagt zu werden.⁷⁵ Am 6. Juli wurden die Urteile im Schachty-Prozeß gesprochen: elf Angeklagte wurden zum Tode, 34 zu Gefängnisstrafen verurteilt, die beiden AEG-Mitarbeiter freigesprochen.⁷⁶ Brockdorff-Rantzau, der während der gesamten Zeit immer wieder beim machtlosen Außenkommissariat vorstellig gewesen war und wenigstens Besuche von Mitarbeitern der Botschaft in den Zellen der Angeklagten durchsetzen konnte, schrieb nach diesen Vorfällen in einer „ganz geheimen“ Aufzeichnung Worte, die man als Quintessenz seiner Rußland-Politik bezeichnen kann:

„Mein ganzes Bemühen ist, trotz aller Zwischenfälle, darauf gerichtet, eine vernünftige Ostpolitik zu ermöglichen und einen Bruch, nur nicht auf Kosten unserer Würde, zu vermeiden. Der Gedanke an Schadenfreude unserer Gegner über unsere Enttäuschung und ihre Überzeugung, uns den Westmächten ausgeliefert zu wissen, ist kaum auszumalen. Unmöglich, mit ihnen loyal zusammenzuarbeiten, dürfen die Russen es uns aber nicht machen.“⁷⁷

Brockdorff-Rantzau war ein überzeugter Gegner des bolschewistischen Systems. Seine Verbitterung über die Härten des Versailler Vertrags, die ihn am 20. Juni 1919 veranlaßt hatten, als Reichsaußenminister zurückzutreten, ließen ihn jedoch zeitlebens für die Ostorientierung der deutschen Politik eintreten. Daß er als weisungsgebundener Botschafter nur einen begrenzten Spielraum hatte, liegt auf der Hand. Aber er hatte das Vertrauen der amtierenden Reichsaußenminister, die wußten – auch wenn sie nicht in allem mit ihm übereinstimmten (für sie hatte die Westorientierung Vorrang, für ihn die Ostorientierung)⁷⁸ –, daß ein gutes Verhältnis zum Sowjetstaat Deutschlands Stellung stärkte. Brockdorff-Rantzaus Verhältnis zu den Sowjets war von Wunschdenken beherrscht, was ihn häufig daran hinderte, die Strukturen des nach 1917 errichteten Herrschaftssystems zu durchschauen. Es führte dazu, dass er seinen wichtigsten Gesprächspartner, den aus dem Adel stammenden Außenkommissar Tschitscherin, dem er sich verbunden fühlte, überschätzte. Trotzdem hat er die Interessen des Deutschen Reiches in der sowjetischen Hauptstadt erfolgreich vertreten.

75 Ebd., S. 113 u. 131.

76 Ebd., S. 211.

77 Ebd., S. 212.

78 Christiane Scheidemann hebt hervor, daß es zwischen dem AA, Außenminister Stresemann, Staatssekretär von Schubert, dem Leiter der Ostabteilung, Ministerialdirektor Wallroth, und Brockdorff-Rantzau in den letzten Jahren vor dessen Tod zu Meinungsverschiedenheiten und Spannungen gekommen ist (S. 646 f., 670, 673 u. 686).